

E-4

Titel	Für ein Europa der Zukunft	
AntragstellerInnen	Mannheim	
Zur Weiterleitung an	juso-Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Für ein Europa der Zukunft

1 Für uns Jusos Mannheim als internationalistischer Richtungsverband mit einem starken außenpolitischen
2 Schwerpunkt ist die konsequente Weiterentwicklung der Europäischen Union von großer Bedeutung. Gerade
3 in Zeiten eines verstärkten Nationalismus auf der ganzen Welt müssen wir das Zeichen setzen, dass nur
4 ein gemeinsames Handeln in einer global vernetzten Welt aussicht auf Erfolg hat. Spätestens der Brexit muss
5 ein Weckruf für die Bürger der EU sein, dass man sich nicht einfach zurücklehnen kann. Nur durch ein beständiges
6 Engagement für die EU kann dieses einzigartige Konstrukt des Friedens für den Kontinent erhalten und
7 der Wohlstand für die zukünftigen Generationen gewahrt werden. Denn nur eine enge Union kann den globalen
8 Herausforderungen trotzen und die Interessen der Mitgliedsstaaten in der Welt auch langfristig sichern.
9 Daher wollen wir die Zusammenarbeit in der EU sowie das Zusammenwachsen in allen Bereichen der Politik
10 voranbringen.

11 **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

12 Europäische Sicherheitsstrukturen

13 Neben einer einheitlichen Stimme der EU nach außen braucht es auch schlagkräftige Sicherheitskräfte, die im
14 Befehl der EU stehen. Die Politik der nationalen Einzelstruktur ist unnötig und ineffizient. Daher wollen wir
15 eine stärkere Zusammenarbeit auf der militärischen Ebene erreichen. Durch eine enge Kooperation können
16 Kompetenzen verteilt und so Kosten und Aufwendungen minimiert werden. Gleichzeitig kann durch die enge
17 Zusammenarbeit die Schlagfähigkeit der Armee erhöht werden. Daher fordern wir die Einrichtung eines
18 eigenständigen EU-Hauptquartiers, von dem aus alle militärische und zivile Einsätze koordiniert werden sollen.
19 Im Rahmen dieser Stelle sollen auch gemeinsame Rüstungsaufträge von EU-Staaten koordiniert werden
20 und eine gemeinsame Rüstungsforschung ermöglicht werden, dem ein eigener Etat für die Verteidigungsforschung
21 bereitgestellt werden soll. Dadurch sollen auch Kostenexplosionen bei Rüstungsprojekten vermieden
22 werden.

23 Um die Nato-Strukturen sinnvoll einzubeziehen soll zudem eine ständige NATO-Verbindungsstelle in dem EU-
24 Hauptquartier eingerichtet werden.

25 Das langfristige Ziel ist die Einrichtung einer ständigen Europäischen Armee, die die kollektive Sicherheit der
26 EU garantiert und als global agierende Truppe den Frieden in der Welt sichern kann. Dafür müssen die EU-
27 Battlegroups als dauerhaft übende und operierende Einheit ähnlich der NRF umgewandelt und aufgestellt
28 werden, die sich aus den nationalen Armeebeiträgen zusammensetzt. Sowohl die Bundeswehr als auch alle
29 Partnernationen verpflichten sich zur adäquaten Vollausrüstung mit Personal, Material und finanzieller
30 Unterfütterung der zugesagten Beiträge zu multinationalen Einheiten und Einsätze.

31 Neben einer engeren militärischen Zusammenarbeit ist die bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden
32 von großem Gewicht. In Zeiten des internationalen Terrorismus, der sich die offenen Grenzen zunutze
33 macht, brauchen wir gemeinsame europäische Antworten. Daher ist eine engerer Austausch zwischen den
34 Polizeibehörden, den Sicherheitskräften sowie den Geheimdiensten unerlässlich. Die bestehenden Instrumente
35 sind im Sinne einer engeren EU auszubauen. Für diese Vernetzung der Europäischen Sicherheitsbehörden ist

36 die Standardisierung und Angleichung von Prozessen und Techniken sinnvoll damit gewährleistet ist, dass alle
37 Behörden die gleichen hohen Standards einhalten. Um effizient diese Angleichung zu Nutzen und den Informa-
38 tionsfluss zu gewährleisten, fordern wir die Einrichtung eines Zentrums zur gemeinsamen Inneren Sicherheit
39 mit einer ähnlichen Funktionsweise wie das Terrorabwehrzentrum (GTAZ) in Deutschland.

40 Auch die geheimdienstliche Zusammenarbeit muss verbessert werden. Die Ansätze der neuen Counter Terro-
41 rism Group müssen fortgeführt und auf andere nachrichtendienstliche Bereiche erweitert werden.

42 EU-Außenbeauftragung

43 Mit einer stärkeren Rolle von Europa in der Welt muss auch eine Stärkung der EU-Außenbeauftragung für
44 außen- und sicherheitspolitische Fragen einhergehen. Das vorrangige Ziel muss dabei sein dem Amt mehr Be-
45 deutung zukommen zu lassen und somit die Verhandlungsposition der Beauftragung zu stärken, um die EU mit
46 einem Mund sprechen zu lassen. Im Vordergrund müssen dabei die Kompetenzen der Rolle gestärkt werden,
47 welche über die bisher vorherrschende beratende und repräsentative Funktion hinausgehen. Daher fordern
48 wir eine klare Kompetenzstärkung der Beauftragung. Dafür wollen wir der EU die Kompetenz zusprechen, au-
49 ßenpolitische Fragen selbstständig zu beantworten und zu agieren um so eine eigenständige Diplomatie zu
50 erreichen, hinter der sich alle Mitgliedsstaaten versammeln.

51 Es soll auch eine repräsentative Stärkung stattfinden. Eine Umbenennung des Amtes in "EU-Außenminister/in",
52 soll dabei durchgesetzt werden.

53 EU-Entwicklungspolitik

54 Wir fordern ein erhöhtes Engagement der EU in Entwicklungs- und Krisenländern insbesondere in Afrika in
55 wirtschaftlicher und in sicherheitspolitischer Hinsicht. Daher fordern wir zunächst das Einhalten aller Euro-
56 päischen Staaten des Ziels, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Diese
57 Gelder sollen in den Europäischen Entwicklungsfonds fließen. Durch diese gemeinsame Struktur soll eine gute
58 und effiziente Verteilung der Gelder gewährleistet werden.

59 Primäres Ziel soll dabei sein, durch eine gezielte wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung eine Perspek-
60 tive zu eröffnen, getreu dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“. Zudem soll durch den Aufbau von staatlichen und
61 der Förderung ziviler Strukturen im Rahmen eines gezielten behördlichen Austausches eine Stabilisierung der
62 Länder gewährleistet werden. Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik ist hierfür ist die Sicherheit
63 in den Ländern. Durch verstärkte Maßnahmen wie Polizeiausbildungsmissionen und militärischen Unterstüt-
64 zungsmissionen soll die Sicherheitslage stabilisiert werden. So kann eine effektive Terrorbekämpfung gelingen
65 und der Erfolg der entwicklungspolitischen Maßnahmen abgesichert werden.

66 Fairer Freihandel

67 Da die Europäische Union auf freiem Handel und fairem Wettbewerb fußt ist es umso wichtiger, in den heu-
68 tigen Zeiten Flagge für einen solchen internationalen Freihandel im Rahmen von multilateralen Abkommen
69 zu zeigen. Als mögliche Partner für eine engere Zusammenarbeit im Rahmen eines Freihandelsabkommens
70 bieten sich dabei unter anderem die geplanten Mitglieder der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) an. Durch
71 die handelspolitische Annäherung auf Augenhöhe an den pazifischen Raum können neue Märkte erschlos-
72 sen werden und neue Partnerschaften entstehen. Unerlässlich dabei ist jedoch, nicht die Fehler der TTIP-
73 Verhandlungen zu wiederholen und durch einen erneuten intransparenten Verhandlungsprozess eine Stär-
74 kung der EU aufs Spiel zu setzen.

75 Wir begrüßen grundsätzlich auch den Freihandel mit Entwicklungsländern. Jedoch fordern wir hier ein grund-
76 legendes Umdenken. Um länderspezifische Märkte nicht zu zerstören und einheimische Produkte zu verdrän-
77 gen, braucht es klare Regeln für den Handel aus Europa. Für Produkte, die in Europa auch durch Subventionen
78 viel billiger Produziert werden können, fordern wir Ausnahmen von den Freihandelsabkommen. Dadurch sol-
79 len den Entwicklungsländern die Möglichkeit gegeben werden, eigene Kernindustrien zu schützen. Um eine
80 Schwemme von billigen Lebensmitteln aus Europa zu verhindern, fordern wir eine Umstrukturierung der EU-
81 Agrarsubventionen. So müssen Subventionen an klare ökologische Standards gekoppelt werden. Zudem for-
82 dern wir eine stärkere Förderung von kleineren Landwirtschaftsbetrieben, um deren Profitabilität gegenüber
83 den Großbetrieben zu bewahren. Langfristig fordern wir die schrittweise Reduzierung der Agrarsubventio-
84 nen.

85 Während der Export aus der EU beschränkt werden soll, fordern wir den unbeschränkten Freihandel für al-
86 le Produkte aus den Entwicklungsländern. Dieses Instrument gilt es auf mehr Entwicklungsländer auszudeh-
87 nen.

88 **Engere Union in allen Bereichen fördern**

89 Flüchtlingspolitik

90 Im Sinne einer solidarischen europäischen Lösung muss sich Deutschland weiterhin seiner Führungsrolle in
91 Europa bewusst sein und auf grundlegende Reformen bestehen. Daher muss ein dauerhafter, gerechter Me-
92 chanismus zur Verteilung von Geflüchteten auf alle Mitgliedstaaten das Ziel sein, der eine Vielzahl von Einfluss-
93 faktoren berücksichtigt und keine Obergrenze der Verteilung kennt. Dieser Mechanismus soll sich an dem in
94 Deutschland angewendeten Königsteiner Schlüssel orientieren und weitere, insbesondere Soziale Aspekte be-
95 rücksichtigen.

96 Neben dieser Reform sollen Länder an den Außengrenzen der EU zusätzlich unterstützt werden, damit sie den
97 Herausforderungen der Erstregistrierung gewachsen sind. Jeder Mitgliedstaat soll seinen Teil beitragen. Wer
98 keine Flüchtlinge aufnimmt, soll zum Beispiel durch die Bereitstellung finanzieller Mittel in die Pflicht genom-
99 men werden, seinen Beitrag zu leisten. Zudem fordern wir parallel dazu die Einführung eines Sanktionmecha-
100 nismus für Mitgliedsstaaten, die keine Entlastung leisten wollen.

101 Ein Libyen-Abkommen zur Flüchtlingsreduzierung lehnen wir entschieden ab. Die Ignoranz von klaren Men-
102 schenrechtsverletzungen in libyschen Flüchtlingslagern, sowie der begrenzte Einfluss der sogenannten Ein-
103 heitsregierung verdeutlichen dabei die Problematiken eines solchen Deals. Anstatt solcher Abkommen wollen
104 wir eine Verbesserung der Lage der in Libyen gestrandeten Geflüchteten vorantreiben und langfristig sichere
105 Fluchtrouten schaffen. Zudem fordern wir eine entschiedene Bekämpfung der Fluchtursachen durch nachhal-
106 tige Hilfen und Unterstützung in den betroffenen Staaten.

107 Jugendarbeitslosigkeit

108 Als weiteren entscheidenden Aspekt einer zukunftsfähigen, engeren Europäischen Union sehen wir den Kampf
109 gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Trotz einer kontinuierlichen Verbesserung der Zahlen in vielen Län-
110 dern, bewegen sich die Werte nach wie vor in einem Bereich, der inakzeptabel hoch ist. Durch die verbreitete
111 Perspektivlosigkeit steigert sich nicht nur das Armutsrisiko unter jungen Leuten enorm, auch für ein Zulauf für
112 populistischen Parteien, die scheinbar einfache Lösungen anbieten, wird erzeugt und die Zustimmung zur EU
113 somit nachhaltig beeinträchtigt.

114 Um diesem dringenden Problem entgegenzutreten sind eine Reihe von Veränderungen nötig. Einerseits zählt
115 dazu eine weitere Aufstockung der Mittel der Youth Employment Initiative (YEI), um die Jugendgarantie der
116 EU noch effektiver umsetzen zu können. Im Rahmen dieser Jugendgarantie sind des Weiteren strukturelle
117 Verbesserungen nötig. Dazu zählt die effiziente Nutzung der bereitgestellten Mittel durch eine verbesserte
118 Kontrolle der Durchführung auch in Bezug auf die Qualität der gegebenen Angebote, ein gesteigerte Zusam-
119 menarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und eine gezielte Förderung schwer erreichbarer Jugendlicher. Zu-
120 dem soll die Ausbildung nach dem dualen System nach Deutschem Vorbild in mehr Ländern der EU etabliert
121 werden.

122 Eurobonds

123 Um die Europäische Union in Richtung einer echten Solidarunion weiterzuentwickeln fordern wir für die Ein-
124 führung der Eurobonds. Durch die gemeinsamen Anleihen der Eurostaaten kann insbesondere in Krisenzeiten
125 die mittelfristige Stabilisierung des Euro-Raums gewährleistet werden.

126 Daneben fordern wir die Einführung von EU-Projektbonds, die direkt einem eigenen EU-Haushalt zufließen
127 sollen. Dadurch soll bei Bedarf die Finanzierung von einzelnen Investitionspaketen und Programmen der EU
128 finanziert werden können.

129 Wirtschafts- und Steuerunion

130 Als logische Konsequenz aus den hervorgebrachten Punkten muss für uns die Schaffung einer Sozialunion als
131 langfristiges Ziel in der EU ausgegeben werden. Dazu müssen unter anderem der Kampf gegen Lohn- und Sozi-
132 aldumping, aber auch ein Eintreten für europaweite Mindestlöhne und Systeme der sozialen Sicherung Kern-
133 themen bilden. Klar sollte dabei sein, dass diese Maßnahmen als eine Weiterentwicklung der bestehenden

134 Wirtschafts- und Währungsunion zu sehen sind und nicht die bestehenden Sozialsysteme der Mitgliedstaaten
135 ersetzen, sondern diese erweitern und ergänzen sollen. Darüber hinaus sehen wir eine gemeinsame Steuerpo-
136 litik, sowie die Schaffung einer europäischen Steuerunion als notwendig an. Die EU würde durch eine stärkere
137 finanzielle Unabhängigkeit im Rahmen einer Steuerunion eine deutliche Erhöhung der Handlungsfähigkeit
138 erfahren. Eine gemeinsame Steuerpolitik würde dazu führen, dass der Wirtschaftsstandort Europa gestärkt,
139 Steuerflucht besser bekämpft und ein mögliches "Race to the Bottom" im Bereich der Unternehmenssteuern
140 verhindert wird.

141 Um die Standards in der EU anzupassen und zu einer umfassenden Angleichung zu bringen, fordern wir die
142 Einführung eines Euro-Solis. Dieser Solidaritätszuschlag soll von allen Staaten erhoben werden und in einen
143 Topf eingezahlt werden, der direkt der EU untersteht. Aus diesem Topf sollen Investitionen und Projekte in
144 strukturschwachen Regionen finanziert werden. Dabei ist nach der Bedürftigkeit der Region abzustellen. Ins-
145 besondere sollen so Wirtschaftsimpulse gesetzt werden, um der EU wieder insgesamt zu wirtschaftlichem Auf-
146 schwung zu verhelfen. Zudem wollen wir eine Harmonisierung der Steuersätze auf privaten Einkommen und
147 unternehmerischen Gewinnen sowie Vermögen und Kapital erreichen, um Steuerflucht zu verhindern.

148 Demokratisierung

149 Das Ziel der EU sollte es sein als umfassend demokratisch legitimer Verbund zu existieren. Das derzeitige
150 Demokratiedefizit ergibt sich aus der Tatsache, dass die direkt gewählte Kammer im Gesetzgebungsprozess
151 die zweite Kammer ist und über kein Initiativrecht verfügt. Nicht das Parlament ist Zentrum der politischer
152 Verhandlungen, sondern die Kommission und der Ministerrat. Diese Treffen politische Vereinbarungen und
153 setzen diese in EU Richtlinien um. Das Europäische Parlament muss diesen zwar zustimmen, hat aber letzt-
154 endlich eher eine "beratende", zumindest aber eine untergeordnete Funktion. Um der EU die demokratische
155 Glaubwürdigkeit zu sichern muss das Europäische Parlament zum Zentrum des Gesetzgebungsprozess wer-
156 den. Gesetze, welche aus Sicht der Nationalstaaten besser durch sie ausgeführt werden, können immer noch
157 im Ministerrat scheitern. Hinzu kommt die Notwendigkeit, europaweit einheitliche Wahlen durchzuführen und
158 das Wahlsystem mit den demokratischen Hürden anzugleichen. Zudem fordern wir eine neue Verteilung der
159 Sitze im EU-Parlament. Hier soll eine stärkere Fokussierung auf die durch einen Abgeordneten vertretenen
160 Menschen liegen.

161 Als Vertreter der regionalen Gebietskörperschaften ist der Ausschuss der Regionen die wohl unbekannteste
162 Institution der EU. Da jedoch in keiner anderen Institution die Bürgernähe so im Vordergrund der Arbeit steht
163 wie bei dieser Einrichtung, muss es das Ziel sein den Ausschuss der Regionen in seiner Rolle nachhaltig zu stär-
164 ken. Dies würde nicht nur die Distanz zu den Bürgerinnen und Bürgern verringern, sondern könnte dadurch
165 die Legitimität als auch die Popularität des Projekts einer engeren Union fördern.

166 Daher fordern wir, den Ausschuss der Regionen als Organ der EU anzuerkennen und ihn somit nominell gleich-
167 berechtigt neben Institutionen wie die Kommission oder den Rat zu stellen. Gleichzeitig muss die demokrati-
168 sche Legitimation im Ausschuss neu geregelt werden. Nach wie vor benachteiligt die Sitzverteilung vor allem
169 größere Länder wie Frankreich und Deutschland. Auch hier muss zumindest eine Kompromisslösung zur An-
170 gleichung der Sitzzahlen an die Bevölkerungsverteilung stattfinden. Um vor allem die Stimme der Kommunen
171 zu stärken, die viele Entscheidungen der EU direkt tragen müssen, muss eine klare Sitzverteilung stattfinden,
172 die die Kommunen explizit einbezieht. Von deutscher Seite sind zum Beispiel nur drei der 24 Sitze von kom-
173 munalen Verbänden besetzt. Deshalb fordern im Hinblick auf die deutsche Sitzverteilung eine Stärkung des
174 Einflusses der Kommunen durch eine Übertragung von den fünf Sitzen im Ausschuss der Regionen, die derzeit
175 in Abhängigkeit von der Bevölkerungszahl innerhalb der Länder rotieren.